

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2013 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
und Staatsanwaltschaften**

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 01 052 Gebühren und tarifliche Entgelte. 760 280 000 +40 000 000 800 280 000

Begründung:

Erwartete Mehreinnahmen aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes

Erläuterung

Zu Titel 111 01:

Der Ansatz bei Kapitel 04 210 Titel 111 01 wird in Ansehung des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes um 40 Mio. € erhöht. Nach den im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angestellten Berechnungen sind für das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 insgesamt Mehreinnahmen in der vorgenannten Höhe zu erwarten. Die Mehreinnahmen werden sich im Wesentlichen im Kapitel 04 210 auswirken, aber auch die Titel der Gruppe 111 in den Kapiteln 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250 betreffen. Eine Aufteilung des Betrages auf die einzelnen Haushaltsstellen ist anhand des verfügbaren Datenmaterials nicht möglich. Daher erfolgt die Veranschlagung pauschal an dieser Stelle.

112 01 052 Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten. 179 230 500 +210 000 000 389 230 500

Begründung:

Erhöhung infolge des Abschlusses des letzten, großen Kartellverfahrens, dessen Bußgelder dem NRW-Haushalt zugute kommen.

Erläuterung

Zu Titel 112 01:

Im Haushaltsjahr 2013 wird mit folgenden Einnahmengerechnet:

1. Gerichtskosten.	20 343 500 EUR
2. Geldstrafen.	95 092 000 EUR
3. Geldbußen.	248 295 000 EUR
4. Geldauflagen.	25 500 000 EUR
Zusammen.	389 230 500 EUR

Gesamteinnahmen Kapitel 04 210. 967 720 500 +250 000 000 1 217 720 500

A u s g a b e n

Sächliche Verwaltungsausgaben

546 40 052 Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen. 660 000 +400 000 1 060 000

Begründung:

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

546 50 052 Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer. 220 120 000 +1 600 000 221 720 000

Begründung:

Erwartete Mehrausgaben aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes

Kapitel 04 210**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2013 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2013 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

Erläuterung**Zu Titel 546 50:**

1.	Pauschale Aufwandsentschädigung an ehrenamtliche Betreuer (§ 1835a BGB)			20 329 000 EUR
2.	Aufwandsentschädigung nach § 1835 BGB.			693 000 EUR
3.	Vergütung an Berufsbetreuer (§ 1836 BGB, § 4 VBVG).			187 497 000 EUR
4.	Aufwandsentschädigung und Vergütung an Pfleger für das Verfahren in Unterbringungs- und Betreuungssachen (Verfahrenspfleger).			6 437 000 EUR
5.	Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder und Pfleger im Minderjährigenbereich.			6 629 000 EUR
6.	Gruppen-Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche rechtliche Betreuerinnen und Betreuer.			135 000 EUR
	Zusammen.			221 720 000 EUR

Gesamtausgaben Kapitel 04 210.	1 978 398 900	+2 000 000	1 980 398 900
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210.	3 064 000	—	3 064 000